

Inhaltsverzeichnis

1. KPMG	
2. European Parliamentary Financial Services Forum	
3. Eurofi	
4. Trans-Atlantic Business Council	
5. Förderkreis Deutsches Heer	
6. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	
7. BIO Deutschland	
8. Wirtschaftsrat der CDU	

KPMG

Die **KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft** (KPMG) ist Mitglied eines Netzwerks unabhängiger Firmen, die weltweit Dienstleistungen in den Bereichen Audit, Tax, Consulting und Deal Advisory erbringen.^[1] Die Mitglieder sind der schweizerischen **KPMG International Cooperative** (KPMG International) angeschlossen. Sie haben ihren Sitz in 154 Ländern und haben insgesamt 197.263 Beschäftigte.^[2] KPMG selbst verfügt über 27 Zweigniederlassungen und ist an weiteren Gesellschaften beteiligt.

Zu der Beratungstätigkeit gehört auch die Steuervermeidung. Gleichzeitig berät KPMG-Gruppe neben anderen großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften die EU-Kommission bei der Erarbeitung von Plänen gegen die Steuervermeidung.

KPMG

[[Bild:<datei>|center]]

Branche	Wirtschaftsprüfung
Hauptsitz	KPMG Deutschland: Frankfurt, KPMG International: Zug/Schweiz
Lobbybüro	<text>
Deutschland	
Lobbybüro	Rue du Trone 60, Brüssel
EU	
Webadresse	www.kpmg.de

Inhaltsverzeichnis

1 Beratung bei der Steuervermeidung	2
2 Kritik	3
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	3
3.1 Allgemeines	3
3.2 Beratung von EU-Institutionen	3
3.3 Expertengruppen der EU-Kommission	3
3.4 Mitglied- und Partnerschaften	3
3.5 Lobbyrelevante Personen	4
4 Fallbeispiele und Kritik	4
4.1 2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts	4
5 Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Unternehmensstruktur	4
5.1 Aufbau des KPMG-Netzwerks	4
5.2 Vorstand	4
5.3 Aufsichtsrat	5
6 Weiterführende Informationen	5
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
8 Einzelnachweise	5

Beratung bei der Steuervermeidung

KPMG berät ihre Klienten auch bei der Steuervermeidung, was bei Konzernen als Verbesserung der Konzernsteuerquote bezeichnet wird.^[3] Die vielfältigen Dienstleistungen zur Steuerreduzierung bei vermögenden Privatkunden sind [hier](#) abrufbar.

Kritik

Die vier großen Wirtschaftsprüfer nutzen ihr Insiderwissen aus, um Steuervermeidungsmodelle zu verkaufen. Bastian Brinkmann fordert deshalb in der Süddeutschen Zeitung (SZ), dass Prüfung und Beratung strikt voneinander getrennt werden.^[4] Es sei außerdem völlig absurd, dass sich der Staat bei Steuerreformen von den Big Four und damit von denen beraten lasse, die dann Lücken in den neuen Steuergesetzen an Konzerne weiterverkauften.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Allgemeines

Auf der Webseite von KPMG wird unter „Government & Public Sector“ auf Berater hingewiesen, von denen viele früher leitende Mitarbeiter im öffentlichen Dienst waren.^[5] Netzwerke mit Regierungsmitarbeitern gäbe es in den folgenden Bereichen: Defence, Human & Social Services und Public Sector Transport.

Beratung von EU-Institutionen

Das Brüsseler KPMG-Büro sieht es als Ziel an, Kontakte zwischen den EU-Institutionen und Akteuren aus der Industrie herzustellen.^[6] Dem dienen insbesondere Workshops zu wichtigen Fragen der EU-Gesetzgebung. KPMG erbringt weiterhin Beratungsleistungen wie Studien für EU-Institutionen. Sie betreffen die Bereiche Accountability of EU funding, Accounting & Financial reporting, Fraud detection and prevention, Digitalisation /ICT Environment, Better Regulation/Strategy and Policy advice, Technical Assistance und Capacity & Institutional Building.^[7] Hierzu gehörte z.B. eine Studie für die EU- Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen mit dem Titel: „Study to assess the financial situation of state-owned enterprises“ und eine Studie für die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mit dem Titel: „Multiple framework contract with reopening of competition for the provision of evaluation, impact assessment and related services to the European Commission in the areas of public health, consumer protection and the food chain“.

2016 erhielt das Netzwerk Aufträge in Höhe von 51,4 Mio. Euro, wovon 3,8 Mio. Euro auf Aufträge zur Steuergesetzgebung entfielen.^[8] Deren Ausgestaltung betrifft die Interessen bedeutender KPMG-Kunden und kann zu Interessenkonflikten führen.

Expertengruppen der EU-Kommission

KPMG ist Mitglied der von der EU Generaldirektion Steuern und Zollunion 2016 eingesetzten Expertengruppe (E02813), die die Kommission bei der Vorbereitung zur Reform der Mehrwertsteuer beraten soll.^[9]

Mitglied- und Partnerschaften

KPMG ist Mitglied von:

- **European Contact Group** (informeller Zusammenschluss der „Big Four“ und der beiden nächstkleineren Wirtschaftsprüfungsgesellschaften)^[10]
- **Accountancy Europe** (Dachverband der Wirtschaftsprüfer)
- **European Fund and Asset Management Association** (EFAMA)

- [European Federation of Management Consultancies Associations \(FEACO\)](#)
- [European Parliamentary Financial Services Forum \(EPFSF\)](#)
- [Eurofi](#)
- [Trans-Atlantic Business Council \(TABC\)](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

KPMG ist Partner von [True Sales International](#) und [Alternative Investment Management Association](#) sowie Förderer von [BIO Deutschland](#)

Lobbyrelevante Personen

- Mercedes Sanchez Varela, EU office partner
- Liz Forsyth, Global Head of Government & Public Sector
- Frank W. Grube, Vorstandsmitglied der KPMG, ist Vorsitzender der Bundesfachkommission Steuern des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Fallbeispiele und Kritik

2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung, der zum Teil auf Recherchen von Corporate Europe Observatory (CEO) beruht, lässt sich die EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts von den vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften („Big Four“) beraten, zu denen auch KPMG gehört.^{[11][12]} So erhielten PwC, Deloitte und KPMG Aufträge im Wert von 10,5 Mio. Euro für Studien zum Thema Steuern und Zölle. Außerdem seien die „Big Four“ Mitglieder von sogenannten Advisory-Groups, die die EU-Kommission geschaffen hat, um sie bei der Umsetzung ihrer Pläne gegen Steuervermeidung zu unterstützen. Dabei seien es oft genau diese Gesellschaften, die Konzernen bei der Steuervermeidung helfen - wie etwa die „Lux Leaks“ zeigten. Nach Auffassung von CEO treten die Berater damit in Feldern auf, in denen die Firmen gleichzeitig klassische Lobbyisten in eigener Sache sind.

Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Unternehmensstruktur

Aufbau des KPMG-Netzwerks

- Die deutschen Aktivitäten sind in der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (**KPMG**) gebündelt
- In Brüssel ist die KPMG Europe, Middle East, Africa (**KPMG EMA**) aktiv, deren Sitz wie folgt bezeichnet wird: c/o Prufag Wirtschaftsprüfungs und Beratungs AG, Berderstrasse 66, 8002 Zurich/Schweiz.^[13] Die Adresse des belgischen Büros von KPMG lautet: Rue du Trone 60, 1050 Brüssel
- Die weltweite Obergesellschaft ist die KPMG International Cooperative (**KPMG International**), eine Genossenschaft schweizerischen Rechts, die im Handelsregister Zug/Schweiz eingetragen ist.^[14] Als Domiziladresse wird dort genannt: c/o Stadlin Advokatur, Baarerstr. 12, 6300 Zug.

Vorstand

Sprecher des Vorstands der KPMG ist Klaus Becker (Stand: August 2018)

Aufsichtsrat

Vorsitzender des Aufsichtsrats der KPMG ist Ulrich Maas, Co-Vorsitzender des Instituts für den öffentlichen Sektor, das von KPMG unterstützt wird^[15] (Stand: August 2018)

Weiterführende Informationen

- [Die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer bei CumEx](#), Bürgerbewegung Finanzwende, 10.12.2020
- [Accounting for influence - How the Big Four are embedded in EU policy-making on tax avoidance](#), Studie von Corporate Europe Observatory (CEO) Juli 2018

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind](#), kpmg.com, abgerufen am 06.08.2018
2. ↑ [Structure](#), kpmg.com, abgerufen am 09.08.2018
3. ↑ [International Tax Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
4. ↑ [Zerschlagt die Vier](#), sueddeutsche.de vom 01.03.2019
5. ↑ [Government & Public Sector](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
6. ↑ [EU Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
7. ↑ [Overview of EU Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
8. ↑ [Accounting for influence](#), corporateeurope.org vom 10.07.2018, abgerufen am 03.08.2018
9. ↑ [List of the organisations appointed as members of the VAT Expert Group](#), ec.europe.eu, abgerufen am 09.08.2018
10. ↑ [Frisieren und mitregieren](#), corporateeurope.org vom Juli 2018, abgerufen am 03.08.2018
11. ↑ [Die fragwürdige Doppelrolle der Wirtschaftsberater](#), sueddeutsche.de vom 09.07.2018
12. ↑ [Accounting for influence](#), corporateeurope.org vom 10.07.2018, abgerufen am 03.08.2018
13. ↑ [KPMG EMA](#), EU-Transparenzregister, abgerufen am 07.08.2018
14. ↑ [KPMG International Cooperative](#), zg.chregister.ch, abgerufen am 07.08.2018
15. ↑ [Vorstand des Instituts](#), publicgovernance.de, abgerufen am 06.08.2018

European Parliamentary Financial Services Forum

Das **European Parliamentary Financial Services Forum** (EPFSF) ist eine nicht registrierte [Intergroup](#), die sich aus EU-Parlamentariern und Vertretern der europäischen

European Parliamentary Financial Services Forum

Finanzwirtschaft zusammensetzt. Über das von der Finanzwirtschaft betriebene Forum werden Veranstaltungen unter der Schirmherrschaft von EU-Parlamentariern organisiert, auf denen Lobbyisten die Gelegenheit erhalten, Mitgliedern des Parlaments und der EU-Kommission ihre Sicht der Finanzmarktregulierung darzulegen.

European Parliamentary Financial Services Forum



Rechtsform Association sans but lucratif (asbl)

Tätigkeitsbereich Wirtschaft und Finanzen, Europäischer Binnenmarkt

Gründungsdatum 2000

Hauptsitz

Schuman Rond Point 2, 1040
Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.epfsf.org
e

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	6
2 Akteure	7
2.1 Finanzindustrie („Financial Industry Members“)	7
2.2 Mitglieder des Europäischen Parlaments ("Steering Committee")	7
3 Beobachter ("Observer")	7
4 Finanzen	7
5 Beschäftigte	7
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
7 Einzelnachweise	8

Aktivitäten

Die von der europäischen Finanzwirtschaft unter Einschaltung des Lobbyisten John Houston^{[1][2]} gegründete und finanzierte Organisation ist eine Plattform für den Meinungsaustausch zwischen Angehörigen europäischer Institutionen und Vertretern der Finanzwirtschaft. Gegen die Zahlung eines Jahresmitgliedbeitrags in Höhe von 8.000 Euro oder eines Beitrags von 200 Euro pro Veranstaltung erhalten die Vertreter der Wirtschaft im Rahmen eineinhalbstündiger Veranstaltungen Zugang zu EU-Parlamentariern, die mit finanzwirtschaftlichen Themen befasst sind.

Bei den Veranstaltungen, die in den Räumen des Europäischen Parlaments stattfinden, handelt es sich um "lunch events", "breakfast events", Fortbildungen für die Assistenten von EU-Parlamentariern und Sonderveranstaltungen. Teilnehmer sind neben EU-Parlamentariern auch Gastredner der Finanzwirtschaft und Vertreter der EU-Kommission. Dies verschafft den Lobbyisten der Mitgliedsunternehmen und -verbände

privilegierte Informations- und Einflussmöglichkeiten im Hinblick auf die Regulierung der Finanzmärkte. Auch erhält ihre Tätigkeit über die Einbindung von EU-Abgeordneten einen offiziellen Anstrich. Ein Beispiel für eine Veranstaltung ist die Virtual Winter Conference 2021 „Shaping the Future Europe“ mit folgenden Rednern: Mairead McGuinness, European Commissioner for Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union, Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Steuerungsgruppe des EPFSF, Joao Nuno Mendez, Secretary of State of Finance, Portuguese Presidency.^[3]

Akteure

Die Rechte und Pflichten der Akteure sind in der [Satzung](#) festgelegt.

Finanzindustrie („Financial Industry Members“)

Bei den [Mitgliedern](#) handelt es sich um Unternehmen und Verbände der europäischen Finanzwirtschaft sowie [Deloitte](#) und [PricewaterhouseCoopers](#). Sie entrichten einen Jahresbeitrag von 8.000 Euro (2021). Vorsitzender ist Wim Mijs, European Banking Federation (EBF), Stellv. Vorsitzender ist Rainer Riess, Federation of European Securities Exchanges (FESE).^[4] Die Mitglieder wählen das "Financial Industry Committee", das Vorschläge für das Veranstaltungsprogramm macht, Referenten einlädt, Entwürfe für die „Briefing Papers“ erarbeitet und die Höhe der Mitgliedsbeiträge festlegt.^[5] Weiterhin wählen sie das „Administrative Committee“, das sich um die Verwaltung kümmert.

Mitglieder des Europäischen Parlaments ("Steering Committee")

Die sich beteiligenden 20 Mitglieder des Europäischen Parlaments wählten die 14 [Mitglieder](#) der Steuerungsgruppe („Steering Committee“) für den Zeitraum 2019 - 2024. Die Steuerung bezieht sich auf die Rolle des Forums und das Veranstaltungsprogramm. Vorsitzender ist Othmar Karas (Österreich/EPP). Deutsche Mitglieder sind: Stefan Berger (CDU/EPP), [Markus Ferber](#) (CSU/EPP) und [Andreas Schwab](#) (CDU/EPP).

Beobachter ("Observer")

Nach eigenen Angaben soll die Einladung von fünf Verbraucherschutzorganisationen eine transparente und ausgewogene Diskussion ermöglichen. Eingeladen werden: The European Consumers' Organisation (BEUC), The European Federation of Financial Services Users (Better Finance), Finance Watch, Financial Services User Group (FSUG) The European Association for Craft, Small and Medium-sized Enterprises (UEAPME).

Finanzen

Das Gesamtbudget des EPFSF betrug für das Geschäftsjahr 2019 ca. 194 Tsd. Euro. Der ganz überwiegende Teil wurde durch Mitgliedsbeiträge à 8.000 pro Person finanziert. Darüber hinaus wurden 2.000 Euro über Zinsen und 800 Euro über Teilnahmegebühren von Nicht-Mitgliedern erwirtschaftet.^[6]

Beschäftigte

2023 beschäftigte das Forum 4 Personen (3,5 Vollzeitäquivalent).^[7]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Lobbying under the radar](#) Corporate Europe Observatory, 24. Mai 2011, zuletzt abgerufen am 15.7.2016
2. ↑ [Speaker Biographies, The 10th Annual European Financial Services Conference](#), Webseite abgerufen am 05. 01. 2014
3. ↑ [Past events](#), epfsf.org, abgerufen am 13.04.2021
4. ↑ [Frequently Asked Questions](#), epfsf.org, abgerufen am 08.04.2021
5. ↑ [Financial Industry Members](#), epfsf.org, abgerufen vom 12.04.2021
6. ↑ [EU Transparenzregister](#), abgerufen am 13.04.2021
7. ↑ [EU Transparenzregister](#), abgerufen am 03.02.2023

Eurofi

Die im Jahr 2000 gegründete **Eurofi** ist eine Denkfabrik, die als Lobbyorganisation für ca. 100 große europäische und internationale Finanzdienstleister agiert. Sie nimmt insbesondere auf die Regulierung der Finanzmärkte Einfluss. Auf ihrer Webseite bezeichnet sich Eurofi als Plattform für den Austausch zwischen der Finanzdienstleistungsbranche und der EU und internationalen Behörden. Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben im Jahr 2023 zwischen 5 und 5,5 Mio. Euro.

Präsident von Eurofi ist [David Wright](#), Partner der Unternehmensberatung [FLINT-GLOBAL](#) in London, ehem. Generaldirektor der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO).

Eurofi

**Rechtsfo
rm**

Tätigkeit Denkfabrik und Lobbyorganisation
sbereich großer europäischer
Finanzdienstleister

Gründun 2000

gsdatum

Hauptsit Rue de Miromesnil, 75008 Paris
z

**Lobbybü
ro**

Lobbybü Rue Charles Martel 54, Brüssel
ro EU

Webadre www.eurofi.net
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung	9
2 Publikationen	9
3 Organisationsstruktur und Personal	10
3.1 Mitglieder	10
3.2 Team	10
4 Finanzen	10
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10

Plattformen für Lobbyarbeit und Netzwerkbildung

Die wichtigsten Eurofi-Veranstaltungen sind ^[1]:

- das High Level Seminar im April
- das Financial Forum im Oktober

In den letzten Jahren haben im Durchschnitt über 900 Vertreter der Finanzwirtschaft, Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft an den Veranstaltungen teilgenommen.^[2] Diese finden kurz vor den informellen Treffen der Finanzminister der EU (Ecofin) statt. Ähnliche Veranstaltungen wurden parallel zu den G20-Gipfeltreffen organisiert. Die Veranstaltungen verschaffen den Eurofi-Mitgliedern einen privilegierten Zugang zu wichtigen staatlichen Entscheidungsträgern und Vertretern von Aufsichtsbehörden und schaffen den organisatorischen Rahmen für informelle Netzwerke zwischen der Finanzwirtschaft und EU-Institutionen (Kommission, Parlament, Zentralbank und sonstige Einrichtungen). Die Interessenbereiche sind Bank- und Finanzdienstleistungen, Betrugsbekämpfung, Haushalt, Umweltschutz und Wettbewerb.^[3]

Referenten auf dem [Budapest Financial Forum September 2024](#) waren Vertreter:innen der folgenden europäischen und internationalen Institutionen: Finanzministerien, Wirtschaftsministerien, Europäische Kommission, OECD, Internationaler Währungsfonds (IWF), Zentralbanken, Finanzaufsichtsbehörden, Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM), Single Resolution Board (SRB), Single Supervisory Mechanism (SSM), European Systemic Risk Board (ESRB) und Ausschüsse des Europäischen Parlaments. Hinzu kommen Repräsentant:innen von Unternehmen und Verbänden der Finanzwirtschaft sowie Lobby-Agenturen.

Das [2024 Eurofi High Level Seminar](#) ist in Zusammenarbeit mit der belgischen EU Ratspräsidentschaft organisiert worden. Ein Seminarthema war „Private risk sharing and transfer: main stakes, regulatory priorities and role for securitization“. Geleitet wurde es vom niederländischen EU-Abgeordneten Paul Tang (Partij van der Arbeid), Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, bis 07/2024 Vorsitzender des Unterausschusses für Steuerfragen. Referenten von Aufsichtsbehörden waren: Fausto Parente, Executive Director - European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA), Jon Rellen, Director of Infrastructure & Exchanges - Financial Conduct Authority (FCA), Rupert Schaefer, Chief Executive Director Strategy, Policy and Control - Bafin. Referenten aus der Industrie waren: Cecil Nagel, Global Head of Corporate Trust - BNY Mellon, Vincent Remy, Advisor to the Chairman - Tradition. Als Experte referierte Alexander Batchvarov, Managing Director and Head of International Structured Finance Research - Bank of America Merrill Lynch.

Publikationen

Zu den Publikationen gehören:

- Regulatory Update
- Scoreboards (Update zur Geldpolitik in der EU und den OECD-Ländern)
- Views Magazine (Beiträge von Teilnehmern der Eurofi-Veranstaltungen)
- Conference Summeries (Ausführliche Zusammenfassungen der Diskussionen und Reden, die im Rahmen von Eurofi-Veranstaltungen gehalten wurden)

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder sind führende europäische und internationale Institutionen aus verschiedenen Bereichen der Finanzindustrie (Banken, Versicherungen, Handel mit Derivaten, Vermögensverwaltung, Dienstleister usw.).

Die ca. 100 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören z.B.: [Allianz](#), [Deutsche Bank](#), Sparkassen-Finanzgruppe, [Goldman Sachs](#), [KPMG](#), [PricewaterhouseCoopers](#), [Moody's Investor Service](#), [NASDAQ](#), [UBS](#)

Team

- [David Wright](#) (Präsident), Partner der Unternehmensberatung [FLINT-GLOBAL](#) in London, ehem. Generaldirektor der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO)
- Didier Cahen (Generalsekretär)

Finanzen

Die Aktivitäten von Eurofi werden über Mitgliedsbeiträge und das Sponsoring von Veranstaltungen finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Eurofi im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024
2. ↑ [Eurofi im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024
3. ↑ [Eurofi im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa, abgerufen am 18.11.2024

Trans-Atlantic Business Council

Der **Trans-Atlantic Business Council** (TABC), eine Vereinigung europäischer und US-amerikanischer Großunternehmen, ist eine einflussreiche transatlantische Lobbyorganisation, die sich für den Abbau transatlantischer Handelshemmnisse einsetzt. Seine Unterorganisation [Transatlantic Business Dialogue](#) (TABD), eine Lobbyplattform für Vorstandschefs von Großunternehmen, ist seit 1995 die treibende Kraft hinter der transatlantischen Wirtschaftsintegration. Die Vorgängerorganisation [TABD](#)

Trans-Atlantic Business Council

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Förderung des transatlantischen Freihandels

Gründungsdatum 2013

Hauptsitz Brüssel und Washington DC

Lobbybüro

Lobbybüro EU Brüssel

intiierte indirekt das Freihandelsabkommen TTIP und war intensiv an den Verhandlungen beteiligt. Die offizielle Einbindung in die informelle [regulatorische Kooperation](#)

zwischen der EU und den USA verschaffte den Mitgliedsunternehmen des [TABD](#), und damit auch dem TABC, privilegierten Zugang zu den EU- und US-Institutionen auf höchster Ebene.

Trans-Atlantic Business Council
Webadresse transatlanticbusiness.org

Die Webseite des TBC existiert nicht mehr.^[1] Der letzte Eintrag im EU Transparenzregister bezieht sich auf das Jahr 2018.^[2] Seit 2021 gibt es eine [Transatlantic Business Initiative](#), eine Regionalinitiative des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#), (BDI), des [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK), des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und des [Bundesverband Deutscher Banken](#) (DBD), zum "EU-US Trade and Technology Council" (TTC).

Inhaltsverzeichnis

1 Begriffsklärung, Kurzüberblick	11
2 Ziele und Arbeitsweise des TABC	11
3 Organisationsstruktur des TABC	14
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
5 Einzelnachweise	15

Begriffsklärung, Kurzüberblick

Der Trans-Atlantic Business Council (TABC) ist 2013 aus dem Zusammenschluss zwischen dem [Transatlantic Business Dialogue](#) (TABD) und dem European-American Business Council (EABC) hervorgegangen. Der TABC ist ein branchenübergreifender Verband von 43 weltweit tätigen Großunternehmen mit Sitz in den USA und der EU.^[3]

Der [TABD](#) ist das wichtigste Lobbyforum, das sich seit 1995 für die amerikanisch-europäische Wirtschaftsintegration einsetzt. Es ist seit 2013 eine eigenständige Beratungsorganisation unter dem Dach des TABC. Der [TABD](#) ist sowohl ein Lobby-Club der Vorstandschefs internationaler Unternehmen, als auch ein Austauschforum für Vorstandschefs und hochrangige US- und EU-Beamte. Der EABC ("European-American Business Council") besteht seit 1997 und ging aus der 1989 gegründeten "European Community Chamber of Commerce in the United States" hervor. Gründungsmitglieder waren 9 europäische und 6 US-Großunternehmen. Darunter waren auch BASF und Philips. Seit 2013 ist der EABC im TABC aufgegangen.^[4]

Ziele und Arbeitsweise des TABC

Der TABC verfolgt nach eigenen Angaben drei zentrale Ziele: Er setzt sich politisch für die Schaffung eines transatlantischen Marktes ein; vernetzt Unternehmensführer mit hohen Politikern und Beamten; vernetzt US-amerikanische und europäische Unternehmen und mobilisiert sie politisch für den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen.^[5]

Das wichtigste und erfolgreichste Lobbyinstrument des TABC ist das offizielle Austauschforum des [TABD](#) zwischen Vorstandschefs, Politikern und Ministerialbeamten. Über dieses Austauschforum genießen die Vorstandschefs privilegierten Zugang zu zentralen politischen Entscheidungsträgern.^[5]

Außerdem arbeiten die Mitglieder des TABC in Arbeitsgruppen Positionen aus, die sie dann über Positionspapiere, parlamentarische Anhörungen, Workshops und Treffen mit Politikern oder andere Interessenvertretern verbreiten. ^[6] Im Jahr 2017 trafen sich Lobbyisten des TABC insgesamt 17 Mal offiziell mit Mitgliedern der europäischen Kommission. ^[7] Während der TTIP-Verhandlungen von 2012-2014 hatte TABC die zweitmeisten Treffen mit der DG Trade.

Transatlantic Fora

Der TABC ist an offiziellen Foren beteiligt, die dem Austausch zwischen den USA und der EU in Bezug auf den transatlantischen Markt dienen. Dabei geht es vor allem um handelspolitische Felder wie Kapitalmärkte, Energie & Klima, Informations- und Kommunikationstechnik und Geistige Eigentumsrechte. Der TABC behält dabei den Zugang zu „formal and informal discussions between EU and US government officials on a breadth of strategic and sectoral issues [formellen und informellen Diskussionen zwischen EU- und US-Regierungsvertretern über eine Auswahl an strategischen und branchenspezifischen Themen, Übersetzung des Verfassers]“ ausdrücklich seinen Mitgliedern und interessierten Interessengruppen vor. ^[8] Aus diesen Foren gehen unter anderem politische Empfehlungen hervor. Zu diesen transatlantischen Foren gehörten:

- EU-US Energy Council: Die jährlichen Treffen finden unter Vorsitz von ranghöchsten amerikanischen und europäischen Regierungsvertretern statt. Ziel der Arbeitsgruppe des TABC ist es, regelmäßig stattfindende, strategische Besprechungen mit den Arbeitsgruppen des Rates zu organisieren. Bei diesen Treffen sollen ExpertInnen der Mitgliedsunternehmen mit den VertreterInnen der EU und der USA über die Agenda des Rates diskutieren können.
- Joint EU-US Financial Regulatory Forum: Das Joint EU-US Financial Regulatory Forum, das bis 2016 Fincancial Markets Regulatory Dialogue (FMRD) hieß, ist eine Plattform, auf der sich offiziell die EU und die USA über die Finanzmarktregulierung austauschen. ^[9] 2002 gegründet, spielte es vor allen Dingen während der Finanzkrise 2008-2009 und während der TTIP-Verhandlungen eine große Rolle. Erklärtes Ziel ist es, die Regulierungen anzugleichen und sogenannte Handelshemmnisse auszuräumen. Dazu finden mehrmals im Jahr Treffen statt. ^[10]

Im Rahmen der Vorgängerorganisation FMRD hat regulatorische Kooperation bereits stattgefunden – mit schwerwiegenden Konsequenzen. Im Dialogforum sollte eine Lösung für das Problem der Beaufsichtigung von amerikanischen Finanzunternehmen, die im europäischen Markt aktiv sind, gefunden werden. Die EU hatte 2002 ein Gesetz verabschiedet, das veranlasste, dass auch amerikanische Firmen sich einerseits an europäische Eigenkapitalvorschriften halten müssen und dass sie ebenso unter die Aufsicht europäischer Institutionen gestellt würden. Das führte zu großem Widerstand in der amerikanischen Finanzbranche – sodass die Beilegung dieses Konflikts zur Aufgabe des FMRD gemacht wurde. Die Lösung präsentierte der FMRD 2004: US-Unternehmen würden weiterhin von US-Finanzbehörden kontrolliert – aber zu Bedingungen, die den europäischen ähneln. Schon bald erkannte der EU-Bankenausschuss dieses Verfahren als gleichwertig an. Das Problem: Mit Beginn der Finanzkrise 2008 wurde ersichtlich, dass die US-Aufsichtsbehörden kaum etwas über die Europageschäfte der amerikanischen Finanzunternehmen wussten. Die Folge: Konzerne wie die Investmentbank **Lehman Brothers** oder der Versicherungsgigant American International Group (**AIG**) agierten praktisch nahezu ohne Aufsicht. Die US-Regierung unterstützte die AIG mit insgesamt 182 Milliarden Dollar während der Finanzkrise, von den Auswirkungen des Niedergangs der AIG und der Lehmanbrothers auf die Finanzkrise waren Millionen von Menschen betroffen. ^[11]

Im Oktober 2017 organisierte der TABC einen Austausch mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Washington. ^[12]

- US-EU Information Society Dialogue (ISD): Jährlich veranstaltet der TABC im Kontext des US-EU Information Society Dialogue den Digital Economy Workshop (DEW). Der ISD findet unter Vorsitz des US-Außenministeriums und DG Connect statt. Bei dieser Veranstaltung diskutieren beide Regierungen über digitale Themen. Bei dem vom TABC organisierten Workshop DEW kommen führende Wirtschaftsunternehmen und EU- und US-Regierungsbeamte in den direkten Austausch über den Digitalsektor. ^[13]
- **Transatlantic Economic Council (TEC)**: Der TEC ist ein Beratergremium, das von den USA und der EU dazu beauftragt wurde, eine Arbeitsgruppe zu den TTIP-Verhandlungen zu organisieren. Diese „High-Level Working Group on Jobs and Growth“ wurde zwar von den Handelsbeauftragten geleitet, zu den Mitgliedern des TEC gehörte aber auch der TABD (heute Untergruppe des TABC), [BusinessEurope](#) und der Atlantic Council. Es ist unklar, ob diese Lobbyorganisationen damit auch Zugang zu der Arbeitsgruppe hatten. ^[14]
- Arbeitsgruppe Brexit:
 - Informal Network on Brexit

Im März 2017 schlossen sich verschiedene Lobbyverbände zusammen, um Informationen auszutauschen und eine Strategie zum Brexit zu entwickeln. Ende 2017 waren es bereits 25 Organisationen, darunter: die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA), die British Chamber of Commerce, [DIGITALEUROPE](#), UK Transport in Europe – und TABC. In monatlichen Treffen tauschen sich PolitikerInnen und ExpertInnen, die zu den Brexit Verhandlungen beitragen, aus. Das informelle Netzwerk spricht sich für einen sanften Brexit aus. ^[15]

- Arbeitsgruppe Handel
 - TTIP

Der [Transatlantic Business Dialogue](#), kurz TABD, war eine der zentralen Lobbyorganisationen, die sich für TTIP eingesetzt hat. Nachdem sich 2013 der TABD mit dem European American Business Council zum Transatlantischen Business Council zusammengeschlossen hatte, war der TABC folgerichtig bald eine der aktivsten Lobbygruppen um TTIP.

Der TABD war und ist außerdem ein wichtiges Forum für die sogenannte regulatorische Kooperation zwischen den USA und der EU. Eine Studie von LobbyControl und Corporate Europe Observatory zeigt an mehreren historischen Fallbeispielen, dass der TABD auf die Senkung von Standards hingewirkt hat und systematisch als Beratungsorgan von US- und EU Handelsbürokraten einbezogen wurde.

Seit 2004 hatte sich der TABD für ein erweitertes Handelsabkommen zwischen den USA und der EU eingesetzt. Im Vorfeld des EU-USA-Gipfels im Jahre 2011 forderte der TABD die Regierungen erneut dazu auf, ein transatlantisches Wirtschafts- und Handelsabkommen zu initiieren. Daraufhin wurde eine hochrangige Arbeitsgruppe unter Leitung der Handelskommissare beider Seiten, Karel de Gucht und Michael Fromman, ins Leben gerufen, die die Möglichkeiten einer solchen transatlantischen, wirtschaftsliberalen Annäherung eruieren sollte. [TEC](#) organisierte die Arbeitsgruppe mit dem Namen „High Level Working Group on Jobs and Growth“. Gleichzeitig verstärkte der TABD seine Zusammenarbeit mit anderen Lobbyverbänden. Es ist unklar, ob der TABD selbst direkten Zugang zu der Arbeitsgruppe hatte. ^[16]

In der Zeit von 2012-2014 traf sich der TABD - ab 2013 als Unterorganisation des TABC - am zweithäufigsten mit der Generaldirektion Handel. ^[17] In der ersten Jahreshälfte von 2015 landete der TABC sogar auf dem ersten Platz: Die Lobbyorganisation hatte sich am häufigsten mit der neuen Handelskommissarin Cecilia Malmström und der Generaldirektion Handel getroffen. ^[18]

Neuer Name, alte Ziele: Der TABC befürwortet wie auch der TABD [regulatorische Kooperation](#) als Bestandteil eines Freihandelsabkommens TTIP ^[19], Ferner trägt der TABC zur internen Mobilisierung der Unternehmenslobby für TTIP bei. So ist er bspw. Gründungsmitglied der [Business Coalition for Transatlantic Trade](#) (BCTT). Weitere Mitglieder sind Lobbyorganisationen wie Business Roundtable, [Coalition of Services Industries](#), Emergency Committee for American Trade, National Association of Manufacturers, National Foreign Trade Council, US Chamber of Commerce und der United States Council for International Business. In einem Brief an Bernd Lange (PES), den Vorsitzenden des Ausschusses für internationalen Handel und Berichterstatter für TTIP, drückt die Vereinigung ihre Unterstützung für das Abkommen aus. Sie setzen sich dabei für Deregulierung ein und insbesondere auch für sogenanntes [Investor-State-Dispute-Settlement](#) (ISDS). Dabei handelt es sich um die umstrittenen Schiedsgerichte, die es Konzernen einseitig ermöglichen, Staaten zu verklagen, wenn Gesetze - wie zum Beispiel zum Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz - ihre Profite schmälern könnten. ^[20]

Organisationsstruktur des TABC

Zu den 43 Mitgliedsunternehmen gehören unter anderem: [BASF](#), [Chevron Corporation](#), [Deutsche Bank](#), [Exxon Mobil Corporation](#), [Ford Motor Company](#), [Intel](#), [Pfizer](#), [SAP](#), [Siemens](#). ^[21]

Vorstandsvorsitzende:

- EU-Vorsitz: José Manuel González-Páram ist Vorstandsmitglied bei der **Banco Bilbao Vizcaya Argentaria**. Von 2004 bis 2012 war er Mitglied der Geschäftsleitung der Europäischen Zentralbank EZB. ^[22]
- US-Vorsitz: Peter Cleveland ist Vizepräsident für Rechts- und Unternehmensangelegenheiten und Direktor für Global Public Policy bei **Intel**. Bis 2008 war er Stabsleiter der demokratischen Senatorin Kaliforniens Dianne Feinstein. ^[22]
- Vorstandsehrenvorsitz: Stuart Eizenstat (ehem. US-Botschafter) arbeitet für **Covington & Burling** (Internationale Anwaltskanzlei und Lobbyorganisation). Er war u.a. U.S.-Botschafter in der EU und hoher Beamter im US-Handelsministerium. ^[22]
- Geschäftsführung: Nachdem der vormalige Generaldirektor Tim Bennett Ende Februar 2018 in Rente ging, übernahm die internationale Anwaltskanzlei **K&L Gates** das Management der Öffentlichkeitsarbeit des TABC. Damit übernahm Bart Gordon die Leitung des amerikanischen und Ignasi Guardans die Leitung der europäischen Direktion. ^[23]
 - Tim Bennett (pensioniert): Tim Bennett war seit Beginn der Fusion des TABD mit dem European American Business Council (**EABC**) zum TABC Geschäftsführer. Zuvor hatte er Leitungspositionen in der US-Regierung inne (Büro des US-Handelsbeauftragten), war Chefunterhändler der USA bei multilateralen und bilateralen Handelsabkommen (zum Beispiel bei NAFTA) und Handelsbotschafter in der US Botschaft bei der EU ^[24],
 - Bart Gordon: Bart Gordon ist Partner der K&L Gates Kanzlei in Washington und war 26 Jahre Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten. In dieser Zeit war er u.a. Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie und in der Leitung des Energie- und Handelsausschuss tätig. Darüber hinaus war er Mitglied des Haushaltsausschuss, Ausschuss für Regeln, Ausschuss für Finanzdienstleistungen und der parlamentarischen Versammlung der NATO. ^[25]
 - Ignasi Guardans: Ignasi Guardans ist Partner der K&L Gates Kanzlei Brüssel. Er war Abgeordneter des katalanischen, spanischen und europäischen Parlaments. Außerdem war Guardans Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats. Von 2004-2009 war er aktives Mitglied des Trans-Atlantic Legislators Dialogue. ^[26]

Stand: November 2018

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ <https://www.transatlanticbusiness.org> transatlanticbusiness.org Diese Domain erwerben], transatlanticbusiness.org, abgerufen am 14.03.2024
2. ↑ [Trans-Atlantic Business Council](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 14.03.2024

3. ↑ [TABC Member Companies](#), transatlanticbusiness.org, abgerufen am 04.12.2018
4. ↑ [TABC History](#), transatlanticbusiness.org, abgerufen am 04.12.2018
5. ↑ ^{5,05,1} [TABC History](#), transatlanticbusiness.org, abgerufen am 04.12.2018
6. ↑ [TABC Arbeitsgruppen, Handel](#), transatlanticbusiness.org, abgerufen am 18.01.2016
7. ↑ [\[1\]](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 19.11.18
8. ↑ [Transatlantic Fora](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 19.11.18
9. ↑ [Joint Statement on Improvements in U.S.-EU Regulatory Cooperation](#) US Department of the Treasury am 19.07.2016, abgerufen am 03.12.18
10. ↑ [\[2\]](#) European Commission vom 28.07.2016, abgerufen am 20.11.2018
11. ↑ [Ein gefährliches regulatorisches Duett](#) lobbycontrol.de, abgerufen am 30.11.18
12. ↑ [\[3\]](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 20.11.18
13. ↑ [US-EU Information Society Dialogue](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 19.11.18
14. ↑ [Freihandel für Unternehmen, Intransparenz für Allgemeinwohl](#) lobbycontrol.de vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.18
15. ↑ [Informal Brussels Network on Brexit](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 19.11.18
16. ↑ [Ein gefährliches regulatorisches Duett](#) lobbycontrol.de, abgerufen am 21.11.18
17. ↑ [Ein gefährliches regulatorisches Duett](#) lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.18
18. ↑ [TTIP: a corporate lobbying paradise](#) Corporate Europe Observatory, 14. Juli 2015, abgerufen am 21.11.18
19. ↑ [TABC Priorities for TTIP](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 21.11.18
20. ↑ [Business Group's Letter on TTIP](#), Business Roundtable, abgerufen am 21.11.18
21. ↑ [TABC Member Companies](#), transatlanticbusiness.org, abgerufen am 29.11.2018
22. ↑ ^{22,022,122,2} [Board Chairs/Vorsitzende](#), transatlanticbusiness.org, abgerufen am 29.01.2018
23. ↑ [Announcing Bennett Retirement and future KLGates role](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 19.11.18
24. ↑ [\[4\]](#) Georgetown University Mc Dough School of Business, abgerufen am 19.11.18
25. ↑ [US and Europe Directions](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 19.11.18
26. ↑ [US and Europe Directions](#) transatlanticbusiness.org, abgerufen am 19.11.18

Förderkreis Deutsches Heer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Förderkreis Deutsches Heer

Der **Förderkreis Deutsches Heer (FKH)** ist ein Netzwerkverein der deutschen Rüstungsindustrie und verschafft seinen Mitgliedern privilegierte Zugänge zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Damit ähnelt der FKH der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und - mit Abstrichen - der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP)



Mitgliedsunternehmen des FKH sind u.a. Rheinmetall, Heckler & Koch, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl, Airbus, Boeing, friedrich30 und ZF Friedrichshafen.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für die Rüstungsindustrie

Im dreiköpfigen Vorstand des FKH sitzt Joe Weingarten, bis 2025 MdB für die SPD und Mitglied im Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag. Im Vereinspräsidium sind weiter Mitglieder des Verteidigungsausschusses vertreten: Wolfgang Hellmich (SPD), Reinhard Brandl (CSU), sowie bis November 2023 dessen ehemalige Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP).

Förderkreis Deutsches Heer**Gründungsdat** 1985**um****Hauptsitz** Adenauerallee 15, 53111 Bonn**Lobbybüro****Lobbybüro****EU****Webadresse** www.fkhev.de**Inhaltsverzeichnis**

1 Kurzdarstellung und Geschichte	17
2 Lobbystrategien und Einfluss	17
3 Fallstudien und Kritik	18
3.1 2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V. ...	18
3.2 2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.	18
3.3 2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE	19
3.4 2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag	19
3.5 2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH	19
4 Organisationsstruktur und Personal	19
4.1 Vereinsvorstand	19
4.2 Vereinspräsidium	20
4.3 Mitgliedsfirmen	20
5 Finanzen	20
6 Weiterführende Informationen	20
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
8 Einzelnachweise	21

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Förderkreis Deutsches Heer e.V. ist eine 1995 gegründete Lobbyorganisation der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Ziel des Vereins ist es, den Mitgliedern Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen zu verschaffen. Nach eigenen Angaben ist der Zweck aber auch "die Förderung gemeinschaftlicher Interessen der Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft, [...] sowie deren Vertretung gegenüber nationalen und internationalen Organisationen und Stellen."^[1]

Lobbystrategien und Einfluss

Die Einbindung von Parlamentarier:innen, zu denen auch Mitglieder des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses gehören, in den Förderkreis Deutsches Heer (FKH) verschafft der Rüstungsindustrie einen privilegierten Zugang zu Personen, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden.

Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen. Die Veranstaltungen sind auf der [Website](#) abrufbar.

Mit dem Arbeitskreis "Young Leaders" des FKH sollen junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Heer schon frühzeitig vernetzt werden.^[2] Der FKH veröffentlicht weiterhin den InfoBrief Heer, der zweimonatlich in gedruckter sowie einer Online-Fassung erscheint.^[3]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen antwortete die Bundesregierung, dass sie in der engen Zusammenarbeit von Rüstungsindustrie und Parlamentarier:innen kein Problem sieht.^[4]

Im deutschen Lobbyregister gibt der Förderkreis Deutsches Heer an (Stand: März 2025) im Jahr 2023 mindestens 1.110.000 Euro für Lobbytätigkeiten ausgegeben zu haben und einen Lobbyisten zu beschäftigen.^[5]

Fallstudien und Kritik

2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V

In einem Interview mit Tilo Jung im Juni 2023 äußerte sich die ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und FDP-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu ihrer Funktion im Förderkreis Deutsches Heer. Die Frage, ob sie sich vor dem Hintergrund ihrer Präsidiumsmitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V als Lobbyistin bezeichne, verneinte Strack-Zimmermann wiederholt. Obwohl Jung sie darauf hinwies, dass sich sowohl der Förderkreis Deutsches Heer als auch die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) als Lobbyorganisationen verstehen, blieb Strack-Zimmermann bei ihrem Urteil. Strack-Zimmermann war bis Mai 2023 Präsidiumsmitglied in der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und bis November 2023 im Präsidium des Förderkreis Deutsches Heer. "Das sind zwei Rüstungslobbys wo du Mitglied bist, du bist aber keine Lobbyistin?" fragte Tilo Jung. "Nein ich bin keine Lobbyistin" so Strack-Zimmermann.^[6]

Sie sehe ihre Rolle nicht darin, der Rüstungsindustrie durch ihre Tätigkeit zu mehr Profit zu verhelfen. "Ich lobbyiere für die Sicherheit der Menschen in diesem Land und darüber hinaus in Europa."^[6]

LobbyControl kritisierte bereits 2022 die Positionen Strack-Zimmermanns in der Rüstungslobby. Ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages und ihre Funktion als Präsidiumsmitglied des Förderkreises Deutsches Heer sei nicht vereinbar. "Damit steht und spricht sie auch für die Organisation. Mehr Abstand wäre für eine Ausschussvorsitzende wünschenswert", so Timo Lange, Campaigner für Lobbyregulierung bei LobbyControl^[7].

2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Lars Klingbeil, seit Dezember 2021 Bundesvorsitzender der SPD, äußerte sich 2018 auf Anfrage bei [abgeordnetenwatch.de](#) zu seiner ehemaligen Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer: „Als ich von der SPD-Fraktion gefragt worden bin einen Platz im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer zu besetzen habe ich zugesagt, weil dort wichtige Debatten zur Zukunft des Heeres geführt werden und ich meine Perspektive mit den Erfahrungen aus meiner Heimatstadt Munster in die Debatten einbringen wollte. Die Mitgliedschaft im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer habe ich unter anderem auf meiner Abgeordnetenseite des Deutschen Bundestages dokumentiert.

Inzwischen nehme ich diese Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises nicht mehr wahr, aber habe von meinem parlamentarischen Engagement für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nichts zurück zu nehmen.“ ^[8]

2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Im März 2010 stellte die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage in der sie unter anderem die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie dem Förderkreis Deutsches Heer, der **Gesellschaft Sicherheitspolitik** (GSP) und der **Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) infrage stellt.

Unternehmen, die Mitglieder des DWT und des FKH sind, haben zwischen 2005 und 2010 ca. 3,7 Mio. Euro an **CDU**, **CSU**, **FDP** und **SPD** gespendet.

2005 - 2010 erhielten CDU und CSU von der **Würth-Gruppe**, der **Commerzbank AG**, **Daimler AG**, **EADS**, **Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG**, **Rheinmetall AG**, **SAP Deutschland AG & CO. KG**, **ESG Elektronik System und Logistik GmbH**, **Rohde & Schwarz GmbH** und der **Zeppelin-Gruppe** insgesamt 2.020.450 Euro. Die SPD erhielt von der **Daimler AG**, **EADS** und **Commerzbank AG** insgesamt 1.151.000 Euro.

Die FDP bekam von der **Commerzbank AG**, der **Daimler AG**, der **Würth-Gruppe** und **Rheinmetall AG** insgesamt 501.900 Euro. Außerdem stellt die LINKE in ihrer kleinen Anfrage die Vermutung an, "dass die Rüstungsindustrie über oben genannte Vereine in organisierter und systematischer Form immensen Einfluss auf wehr- und haushaltspolitische Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung nimmt, um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern."^[4]

2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag

Im Dezember 2009 berichtete der Spiegel, dass die Abgeordneten **Bernd Siebert** und **Johannes Kahrs**, beide Mitglieder im FKH, die Anschaffung von Patrouillen-Fahrzeugen im Interesse der Rüstungsindustrie verzögert hatten. Die beiden Abgeordneten zögerten den Kauf eines vom Verteidigungsministerium favorisierten Patrouillenfahrzeuges des Rüstungskonzerns **Mowag** hinaus. So erhofften sie sich das Konkurrenzprodukt des Rüstungsunternehmens **Krauss-Maffei Wegmann** (KMW), ebenfalls Mitglied im FKH, in eine bessere Position für den Auftrag zu bringen. Die Wahlkreise der beiden Abgeordneten Siebert und Kahrs hatten laut Angaben des Spiegels über mehrere Jahre größere Spenden von KMW erhalten.^[9]

2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH

Im August 2009 deckte die Nachrichtenagentur dpa auf, dass mehrere Bundestagsabgeordnete Nebentätigkeiten bei rüstungsnahen Vereinen verschwiegen hatten. Unter anderem waren darunter die beiden SPD-Abgeordneten **Gerd Höfer** und **Johannes Kahrs**, die beide Mitglieder im Präsidium des FKH waren. Beide hatten bestritten, dass es eine Veröffentlichungspflicht gebe. Als Mitglied des Verteidigungsausschuss äußerte sich Höfer wie folgt: „Die Tätigkeit ist ehrenamtlich, braucht also nicht angezeigt werden.“ Jedoch mussten sie nach den Verhaltensregeln für Abgeordnete offen gelegt werden.^[10]

Organisationsstruktur und Personal

Vereinsvorstand

- Wolfgang Köpke, Präsident, Generalleutnant a.D.

- **Ralf Ketzel**, Vizepräsident Industrie, Vorsitzender der Geschäftsführung beim Rüstungskonzern [Krauss-Maffei Wegmann](#)
- Joe Weingarten, Vizepräsident Politik, bis 2025 MdB für die SPD, ehemaliges Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestag (zuvor: Henning Otte, Vizepräsident Politik, MdB für die CDU, Stellv. Vorsitzender im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags^[11])

Stand März 2025:

Vereinspräsidium

Das Präsidium besteht aus mindestens 12 und höchstens 15 gewählten Mitgliedern, die auf der FKH-Webseite nicht genannt werden. Mitglieder sind unter anderem:

- Wolfgang Hellmich, MdB für die SPD^[12]
 - Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr"
 - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO
- Reinhard Brandl, MdB für die CSU^[13]
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium „Sondervermögen der Bundeswehr“
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
 - Vorsitzender des Beirats „Sicherheit und Verteidigung“ der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

bis November 2023 war **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** (FDP), ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied des Vereinspräsidiums

(Stand: März 2025)

Mitgliedsfirmen

Fast alle wichtigen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen die Arbeit des Vereins als [fördernde Mitglieder](#). Hierzu gehören z.B. [Boeing Deutschland](#), [Glock](#), [Heckler & Koch](#), Lufthansa Technik, [Mercedes-Benz](#) und [Rheinmetall](#).

Finanzen

Der Etat wird überwiegend durch Mitgliedsbeiträge finanziert.^[14]

Weiterführende Informationen

- [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Vereinszweck](#), fkhev.de, abgerufen am 12.07.2023
- ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V.: Arbeitskreis Young Leaders](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
- ↑ [Förderkreis Deutsche Heer e.V.: InfoBrief Heer](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
- ↑ ^{4,04,1} [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraction - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#), bundestag.de vom 21.04.2010, abgerufen am 04.02.2014
- ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V.](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.03.2025
- ↑ ^{6,06,1} [Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann \(FPD\) - Jung & Naiv: Folge 646](#), youtube.de, 15.06.2023, abgerufen am 23.06.2023
- ↑ [Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie? Lobbycontrol kritisiert Strack-Zimmermann](#), presseportal.de, 08.05.2022, abgerufen am 23.06.2023
- ↑ [Frage an Lars Klingbeil \(SPD\)](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 28.04.2022
- ↑ [Schraube locker](#), spiegel.de, 06.12.2009, abgerufen am 04.02.2014
- ↑ [Mitgliedschaft verschwiegen: Nähe zur Rüstungslobby](#), rundschau-online.de, abgerufen am 04.02.2014
- ↑ [Henning Otte](#), Webseite, abgerufen am 23.06.2023.
- ↑ [Wolfgang Hellmich](#), Webseite des Bundestages, abgerufen am 23.06.2023.
- ↑ [Reinhard Brandl](#), bundestag.de, abgerufen am 09.09.2023
- ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.03.2025

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** ("Strukturgesellschaft") ist ein [Netzwerkverein](#), der regelmäßig Sitzungen und sogenannte "Expertengespräche" in Räumen des Bundestags zu Themen der laufenden Gesetzgebung und Sachverhalten, bei denen politische Entscheidungen absehbar sind, veranstaltet. Dabei bringt die Organisation große Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Einzelpersonen mit Abgeordneten und Vertreter:innen der Bundesregierung – insbesondere Parlamentarischen Staatssekretär:innen – zusammen und ermöglicht so eine informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung.^[1]

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Rech eingetragener Verein
tsfor
m

Tätig Kontaktpflege der Wirtschaftslobby zu
keits Parlamentariern und Parlamentarischen
berei Staatssekretären zur Einflussnahme auf
ch Gesetzesvorhaben

Grün 1959
dung
sdat
um

Haupt Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin
tsitz

Eine zentrale Rolle spielen dabei die 16 Beiräte, die den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet sind. Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Dabei handelt es sich überwiegend um CDU/CSU Politiker:innen.

Zu den prominentesten CDU-Mitgliedern der Organisation zählen Bundeskanzler [Friedrich Merz](#), Staatsminister [Michael Meister](#) sowie [Thomas Bareiß](#), Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehem.

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Einflussreiche Mitglieder aus der FDP sind unter anderem Hartfrid Wolf, ehem. Abteilungsleiter für Pressearbeit im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, und Michael Theurer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank mit Zuständigkeit für die Bankenaufsicht und ehem. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Lobb
ybür
o

Lobb
ybür
o EU

Web www.strukturgesellschaft.de

adre
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Die Beiräte	22
2 Mangelnde Transparenz	23
3 Organisationsstruktur und Personal	24
3.1 Vorstand	24
3.2 Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden	25
3.3 Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft	25
3.4 Mitglieder	26
4 Weiterführende Informationen	27
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
6 Einzelnachweise	27

Die Beiräte

Bei der Beeinflussung von Parlamentarier:innen und hochrangigen Mitarbeiter:innen von Ministerien im Sinne der in der Strukturgesellschaft organisierten Verbände und Unternehmen spielen die Beiräte eine entscheidende Rolle. Die Beiräte der Lobbyorganisation sind den Ausschüssen des Deutschen Bundestags nachgebildet. Diese machen Gesetzesentwürfe "abstimmungsreif" und können in diesem Zusammenhang Sachverständige zu Anhörungen einladen. Ihre Mitglieder verfügen somit über großen politischen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess.

Die Beiratsvorsitzenden der Strukturgesellschaft sind meist gleichzeitig Mitglieder - teils sogar Vorsitzende - der entsprechenden Bundestagsausschüsse und/oder Fraktionssprecher:innen. Die Beiräte bilden das Forum, in dem der Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Politiker:innen (Parlamentarier:innen und Parlamentarische Staatssekretär:innen), Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen und Beratungsgesellschaften sowie diesen nahestehenden Professor:innen stattfindet. Der privilegierte Zugang zu einflussreichen Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung vermittelt den beteiligten Wirtschaftskreisen einen immensen strategischen Vorteil bei der Lobbyarbeit.

Die Tagungen der Beiräte finden in den Mittagspausen der Sitzungen des Deutschen Bundestages statt. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass Mitglieder der Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen am Meinungsaustausch teilnehmen können. Auf der Tagesordnung stehen sowohl Themen der laufenden Gesetzgebung als auch Trends, bei denen aus Sicht der Strukturgesellschaft ein Regelungsbedarf absehbar ist. Leiter der Tagungen sind die Beiratsvorsitzenden, die den Sitzungstermin, das Thema sowie die Statementgeber:innen gegenüber der Strukturgesellschaft festlegen und die Räume im Bundestag buchen.^[2]

Die Strukturgesellschaft fragt im Namen des Beiratsvorsitzenden die Statementgeber:innen an und lädt weitere Teilnehmer:innen sowie die Mitglieder der Strukturgesellschaft zu den Sitzungen bzw. "Expertengesprächen" ein. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst-Dieter Westerhoff schrieb an abgeordnetenwatch.de, dass die Gesellschaft die jeweiligen Fraktionssprecher:innen für den Vorsitz eines Beirats gewinnen wollen: „Auf diese Weise kann es gelingen, aus der Fülle der im Bundestag behandelten Themen die wichtigsten herauszufinden.“^[3]

Protokolle der Sitzungen des zweiten Halbjahrs 2021 und 1./2. Halbjahr 2022, in denen nur das Datum, der Sitzungsort, das Thema und das zuständige Beiratsmitglied genannt werden, sind [hier](#) abrufbar. Welche Lobbyist:innen auf Einladung von Abgeordneten einen Vortrag halten dürfen, wollen die Verantwortlichen nicht sagen. Dies sei angeblich zu aufwendig.^[4]

Die Strukturgesellschaft verfügt über 16 Beiräte mit den Schwerpunkten:

Arbeit und Soziales	Bildung und Forschung	Digitales	Energie
Europa	Finanzen, Steuern, Geld und Kredit	Gesundheit	Handel und Verbraucherschutz
Medien, Internet und Telekommunikation	Sicherheit und Verteidigung	Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Verkehr
Welthandel	Wirtschaft und Wirtschaftsrecht	Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	Ordnungspolitik (neu seit 09/2023)

Mangelnde Transparenz

Auf der [Webseite der Strukturgesellschaft](#) gibt es keinerlei Informationen zu den Beiratssitzungen wie Termine, Teilnehmer, Themen, Argumente oder Beschlüsse.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Vorsitzender	Michael Meister, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • seit 05/2025 Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit^[5] • Mitglied des Bundestags • 2018-2021 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, davor Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium • Wirtschaftsrat der CDU, ehem. Mitglied des Präsidiums • Institut Finanzen und Steuern, ehem. Mitglied des Kuratoriums^[6]
Stellvertreter	Ludolf von Wartenberg, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • 1990-2006 Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Hauptgeschäftsführer • Institut Finanzen und Steuern, Vorsitzender des Kuratoriums
Stellvertreter	Siegmar Mosdorf, SPD	<ul style="list-style-type: none"> • Lobby- und PR-Agentur Kekst CNC, Partner • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Botschafter • Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Stellvertreterin	Marie-Luise Dött, CDU	<ul style="list-style-type: none"> • ehem. Mitglied des Bundestags • ehem. Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Schatzmeister	Jochen Homann	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesnetzagentur, ehem. Präsident • Bundesministerium für Wirtschaft, ehem. Beamteter Staatssekretär
Vorstandsmitglied	Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Generalsekretär • ehem. Landesminister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg
Vorstandsmitglied	Hartfrid Wolff, FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesministerium für Digitales und Verkehr, ehem. Abteilungsleiter (Pressearbeit und strategische Planung) • KPMG, bis 01/2022 Senior Manager, Öffentlicher Sektor^[7] • FDP, Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg • ehem. Mitglied des Bundestags
Vorstandsmitglied	Rainer Holznagel	<ul style="list-style-type: none"> • Bund der Steuerzahler, Präsident • Europäischer Wirtschaftssenat, Mitglied des Kuratoriums

Geschäftsführen

des [Horst-Dieter](#)
Vorstandsmitgli [Westerhoff](#)
ed

- Bundeskanzleramt, ehem. Gruppenleiter
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Mitarbeiter

(Stand: Juni 2025) Quelle: ^[8]

Vorstandsmitglieder vorangegangener Legislaturperioden

- [Friedrich Merz](#), CDU
- [Christine Scheel](#), Grüne

Vorsitzende der Beiräte der Strukturgesellschaft

Die Bezeichnung der Beiräte orientiert sich an den Bezeichnungen der Ausschüsse des Deutschen Bundestags (Kurzbezeichnung: Ausschuss).

- Axel Knoerig, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales (**Beirat für Arbeit und Soziales**)
- Katrin Staffler, MdB, CSU, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (**Beirat für Bildung und Forschung**)
- N.N. (**Beirat für Digitales**)
- Reinhard Houben, MdB, FDP (**Beirat für Energie**)
 - Mitglied im Wirtschaftsausschuss
 - Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Markus Töns, MdB, SPD, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (**Beirat für Europa**)
- Matthias Hauer, MdB, CDU, Partner in der Sozietät Esch & Kramer Rechtsanwälte, Obmann und Mitglied im Finanzausschuss (**Beirat für Finanzen, Steuern Geld und Kredit**)
- Georg Kippels, MdB, CDU, Obmann im Unterausschuss Globale Gesundheit und Gesundheitsausschuss, Rechtsanwalt bei Dr. Georg Kippels und Hans-Peter Dresen GbR (**Beirat für Gesundheit**)
- Jan Metzler, MdB, CDU, Mitglied im Wirtschaftsausschuss (**Beirat für Handel und Verbraucherschutz**)
- Marco Wanderwitz, MdB, CDU, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Medien (**Beirat für Medien, Internet und Telekommunikation**)
- Michael Meister, MdB, CDU, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Finanzen und beim Bildungsministerium, (**Beirat für Ordnungspolitik**)
- Reinhard Brandl, MdB, CSU (**Beirat für Sicherheit und Verteidigung**)
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Gremium "Sondervermögen der Bundeswehr"
 - Präsidiumsmitglied im [Förderkreis Deutsches Heer](#)
 - Vizepräsident der [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#)
- Björn Simon, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (**Beirat für Umwelt, Naturschutz und Nukleare Sicherheit**)
- [Thomas Bareiß](#), MdB, CDU (**Beirat für Verkehr**)
 - Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand
 - ehem. Parlamentarischer Staatssekretär
- Stefan Rouenhoff, MdB, CDU (**Beirat für Welthandel**)
 - Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

- Vorstandsmitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) der Sächsischen Union
- Klaus Wiener, MdB, CDU, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, ehem. Geschäftsführer des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (**Beirat für Wirtschaft und Wirtschaftsrecht**)
- Friedhelm Boginski, FDP (**Beirat für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**)

(Stand: April 2025)

Mitglieder

Zu den 205 [hier](#) abrufbaren Mitgliedern (Stand: 01.01.2024) ^[9] gehören:

- **Verbände**, z. B.
 - [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
 - [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
 - [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK)
 - [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
 - [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#) (BVTE)
 - [Bundesverband Deutscher Banken](#)
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#)
 - [Verband der Automobilindustrie](#)
 - [Verband der privaten Krankenversicherungen](#)
 - [Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft](#) (ehemals Zukunft Gas)
- Unternehmen, z. B.
 - [Amazon](#)
 - [BASF](#)
 - [Bayer](#)
 - Deutsche Post
 - Deutsche Telekom
 - [Google](#)
 - Shein
- **Politiker:innen**, z. B.
 - [Thomas Bareiß](#), CDU, MdB, Verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - Daniel Föst, FDP
 - Anja Karliczek, CDU, MdB, ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Michael Meister](#), CDU, MdB, ehem. Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung
 - [Friedrich Merz](#), CDU, MdB, Bundesvorsitzender und Kanzlerkandidat der CDU
 - [Klaus-Peter Willsch](#), CDU, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender des [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- **Einzelmitglieder**, z. B.
 - [Marie-Luise Dött](#)
 - [Georg Fahrenschon](#), ehemaliger Staatsminister
 - Melanie Fügner, Freier Verband Deutscher Zahnärzte
 - [Justus Haucap](#)
 - Anja Käfer-Rohrbach, [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV)

- [Siegmar Mosdorf](#), Partner der Lobby- und PR-Agentur [Kekst CNC](#)
- Kai Warnecke, Haus & Grund
- Martin G. Eckert, thyssenkrupp Industrial Solutions AG
- Stefan Hefter, [KPMG AG](#)

(Stand: Mai 2025)

Weiterführende Informationen

- [Tanja Röttger](#): Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, [abgeordnetenwatch.de](#), 08.09.2023
- Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019
- Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen (Strukturgesellschaft), Veranstaltung zum 50-jährigen Bestehen am 5. März 2009

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Rede von Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble zum Symposium zum 60. Jubiläum der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen, 23. Oktober 2019](#), [Bundestag.de](#), abgerufen am 21.02.2021
2. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 21.04.2024
3. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
4. ↑ [Wie ein diskreter Verein Lobbyisten und Abgeordnete zusammenbringt](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 08.09.2023, abgerufen am 09.09.2023
5. ↑ [Dr. Michael Meister](#), [bundesregierung.de](#), abgerufen am 03.06.2025
6. ↑ [Profil](#), [abgeordnetenwatch.de](#), abgerufen am 04.02.2023
7. ↑ [Profil](#), [kpmg-law.de](#), abgerufen am 02.07.2022
8. ↑ [Der Vorstand](#), [strukturgesellschaft-de](#), abgerufen am 06.06.2025
9. ↑ [Registereintrag](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.06.2025

BIO Deutschland

BIO Deutschland (Biotechnologie-Industrie-Organisation) ist der Lobbyverband der deutschen Gentech/Biotechnologie-Industrie.

BIO Deutschland

Rechtsfo eingetragener Verein
rm

Tätigkeit Interessenvertretung der deutschen
sbereich Gentech/Biotechnologie-Industrie

BIO Deutschland

Gründun 2004

gsdatum

Hauptsit Schützenstraße 6a, 10117 Berlin

z

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

Webadre biodeutschland.org

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	28
2 Organisationsstruktur und Personal	29
2.1 Mitglieder	29
2.2 Vorstand	29
2.3 Mitgliedschaften	29
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	29
4 Einzelnachweise	30

Lobbystrategien und Einfluss

BioDeutschland bezeichnet sich als Sprachrohr der deutschen Biotech-Branche.^[1] Zu den Aufgaben gehört auch die politische Interessenvertretung der deutschen Biotechnologie-Branche gegenüber der nationalen und europäischen Legislative. Der Verein ist Mitglied bei [EuropaBio](#), dem einflussreichen europäischen Dachverband der Biotechnologie-Branche.

Die Strategien werden in Arbeitsgruppen entwickelt, zu denen u.a. gehören:

- Arbeitsgruppe "Finanzen und Steuern", die sich auch mit der Einflussnahme auf steuerliche Rahmenbedingungen beschäftigt.^[2] Mitglieder der Arbeitsgruppe sind u.a. Experten von [PricewaterhouseCoopers](#), [KPMG](#), [CSM Hasche Sigle](#) und [Ernst & Young](#).
- Arbeitsgruppe "Kommunikation & Öffentlichkeit", die das Bild der Biotechnologie in der Öffentlichkeit verbessern soll.^[3] Mitglieder der Arbeitsgruppe sind u.a. die Managing-Partner von [Akampion](#).
- Arbeitsgruppe "Regulatorische Angelegenheiten". Sie soll die Forschung und Entwicklung innovativer Arzneimittel durch Abbau bestehender Hemmnisse bei den regulatorischen Rahmenbedingungen fördern.^[4] Mitglieder der Arbeitsgruppe sind u.a. Experten von [DiBe-Consulting](#), [Elschner Consulting](#), [Rittershaus Rechtsanwälte Partnergesellschaft](#), [PricewaterhouseCoopers](#), [Neuwerk Rechtsanwälte](#), [NDA Regulatory Service GmbH](#) und [CSM Hasche Sigle](#).

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Die Mitglieder kommen aus folgenden Bereichen:

- Biotechnologie-Unternehmen aus allen Bereichen der Biotechnologie
- Unternehmen der Pharma-Industrie
- Organisationen/Gesellschaften, die eine BioRegion vertreten
- Unternehmen, die Dienstleistungen im Bereich der Biotechnologie erbringen
- Unternehmen, die Geräte, Software, Chemikalien, Reagenzien im Bereich der Biotechnologie herstellen bzw. vertreiben
- Technologie-Transfer-Büros
- Berater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte, bzw. entsprechende Unternehmen
- Kapitalgeber wie beispielsweise VC-Gesellschaften und Banken
- akademische Institute und deren dahinter stehende Organisationen
- gemeinnützige Organisationen, die in diesem Umfeld tätig sind

Daneben gibt es Fördermitglieder und Branchenpartnerschaften (z. B. [Bayer](#), [Deutsche Bank](#), CMS Hasche Sigle, [KPMG](#), [PricewaterhouseCoopers](#))

Die über 300 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Vorstand

Vorstandsvorsitzender: Peter Heinrich, Geschäftsführer der Sinfonie Life Science Management GmbH^[5]
(Stand: September 2018)

Mitgliedschaften

- BioRegionen (Netzwerk der regionalen Biotechnologie-Initiativen)
- Verband Biologie, Biowissenschaften & Biomedizin in Deutschland
- btS (Mitglieder: Studierende, Hochschulen und Forschungsinstitute sowie Unternehmen der Life Sciences)
- [EuropaBio](#) (Europäischer Dachverband der Biotechnologie-Branche)
- European Confederation of Pharmaceutical Entrepreneurs (EUCOPE)
- [American Chamber of Commerce in Germany](#)
- International Council of Biotechnology Associations (IOBA) (Weltverband der Biotechnologie-Branche)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Ziele der BIO Deutschland](#), biodeutschland.org, abgerufen am 02.09.2018
2. ↑ [Finanzen und Steuern](#), biodeutschland.org, abgerufen am 02.08.2018
3. ↑ [Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit](#), biodeutschland.org, abgerufen am 02.08.2018
4. ↑ [Regulatorische Angelegenheiten](#), biodeutschland.org, abgerufen am 02.08.2018
5. ↑ [Vorstand der BIO Deutschland](#) abgerufen am 04.09.2018

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründungsdatum	1963
Hauptsitz	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.wirtschaftsrat.de

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	31
2 Aktivitäten	31
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	32
4 Geschichte	33

5 Fallstudien und Kritik	33
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	33
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	34
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	35
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	36
6 Finanzen	36
7 Zitate	36
8 Organisationsstruktur und Personal	37
9 Mitglieder	43
10 Die Landesverbände	44
11 Netzwerke	45
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	45
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	45
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	45
13 Einzelnachweise	45

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderen Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteioorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder.^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft

- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden **Themen**: Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen **Positionspapieren** nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen.^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro.^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist.^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht.^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte.^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht.^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen
- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch,

mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#)^{[31][32]} als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet.^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona.^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag.^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann.^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremser der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen.^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats.^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[44] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...]“. ^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“ ^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen. ^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen. ^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#). ^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue. ^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehere. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF). ^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“. ^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen. ^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen. " ^[30]

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> CECONOMY AG, CEO
Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bank, Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender Handwerks- und Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ehem. Mitglied (in beratender Funktion) [Günther Oettinger](#) ^[5] • ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft ^[4]

Weitere Mitglieder Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Thomas Saueressig, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Kai Hankeln, Matthäus Niewodniczanski, Selina Stihl, Dr. Michael Strugl

(Stand: November 2023) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 53 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Microsoft Deutschland GmbH, Vorsitzende der Geschäftsführung
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	RWE , Leiterin der EU-Repräsentanz
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: November 2023) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission

Vorsitz Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung
Hans Joachim Union Asset Management Holding AG, Vorstandsvorsitzender Reinke
Bau, Immobilien und Smart Cities
Lars von LEG Immobilien SE, Vorstandsvorsitzender Lackum
Beirat
Bettina

Bundesfachkommission
Vorsitz Unternehmen

Familienunternehmen	Würth	Adolf Würth GmbH & Co. KG, Vorsitzende des Beirates der Würth-Gruppe
Beirat Zukunft Europa	Axel Weber	Präsident der Deutschen Bundesbank a.D., Verwaltungspräsident der UBS AG
	Frank	
Digital Health	Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
	Marc	
Energieeffizienz	Andree Groos	Vaillant GmbH, Geschäftsführer
	Nikolau	
Energiepolitik	s	RWE Generation SE, COO
	Valerius	
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz	
	Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Gesundheitswirtschaft	Kai Hankel	Asklepios Kliniken GmbH & Co. KGaA, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
	Christoph	
Handel und Konsumgüter	Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
	Michael Frick	
Industriebeirat	Petra	Mahle GmbH, Geschäftsführer
	Justenhoven	PwC , Sprecherin der Geschäftsführung
	Jürgen	
Internationaler Kreis	Geißinger	MTU Aero Engines AG, Mitglied des Aufsichtsrats
	er	
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
	Christina Korff	
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0		Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
	Matthias	
	s	
	Obernd	

Bundesfachkommission

mission

Steuern	örfer	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Woeste	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Leiter des Walter Eucken Instituts , Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Vorsitzender des Sachverständigenrates a.D. (Wirtschaftsweiser)

(Stand: November 2023) ^{[57][58]}

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe

	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Energie für Mobilität	Frank Hiller	DEUTZ AG, Vorstandsvorsitzender
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, Vorstandsvorsitzender/CEO
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Gigabit-Gesellschaft	Michael Jungwirth	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Michael Dieckmann	AMEOS Gruppe, CDO und Mitglied des Vorstandes
Mehr Privat für einen starken Staat	Erhard Weimann	Staatssekretär a.D., EGW Strategie-Beratung
Pflege	Thomas Flotow	PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Patricia Lips	MdB, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bundesverband Deutsche Startups, Vorstand und stellv. Vorsitzende vom Beirat Junge Digitale Wirtschaft beim Bundesministerium für

Bundesarbeitsgruppe **Vorsitz Unternehmen**

Startups Stephanie **Wirtschaft und Energie**
Renda

(Stand: November 2023) ^[59]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Marc Oliver Bettzüge	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor • Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung, Mitglied • Rhenag, Mitglied des Verwaltungsbeirats
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • Munich Center for the Economics of Aging, Direktor emeritus • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Alexander Eisenkopf	Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Leiter des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik
Joachim Englisch	Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Leiter des Institut für Steuerrecht
Gabriel Felbermayr	<ul style="list-style-type: none"> • Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Direktor • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre

Mitglieder	Akademische Position
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor ECONWATCH, Präsident Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " Prometheus, Mitglied des Kuratoriums Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor und Mitglied des Präsidiums Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Jürgen Kühling	<ul style="list-style-type: none"> Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht Monopolkommission, Mitglied
Reimund Neugebauer	Fraunhofer-Gesellschaft, Präsident
	<ul style="list-style-type: none"> Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident

Mitglieder	Akademische Position
Christoph M. Schmidt	<ul style="list-style-type: none"> European Sounding Board on Innovation (ESBI) des EU-Kommissars für Forschung und Entwicklung, Mitglied Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums BMW, Mitglied des Aufsichtsrats
Christoph Spengel	Universität Mannheim, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und betriebswirtschaftliche Steuerlehre
Jens Strüker	<ul style="list-style-type: none"> Fraunhofer Blockchain-Labor, Leiter Forschungsinstitut für Informationsmanagement, Direktor
Volker Ulrich	<ul style="list-style-type: none"> Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre III, insb. Finanzwissenschaft Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS), Vorsitzender des Beirats
Ludger Wössmann	<ul style="list-style-type: none"> ifo Zentrum für Bildungsökonomik, Leiter Ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Professor für Volkswirtschaftslehre

(Stand: Dezember 2023) ^[60]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[61] Bundesvorsitzende ist seit 2021 Caroline Bosbach, Tochter des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach.^[62] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[63] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung AG](#)).^[64] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[65] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[66]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Hauwei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Graetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[67]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter

oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- Christoph Werner (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[68] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.

5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#), faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#), wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz der Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressmitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter.com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023

36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ](#), Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 22.11.2023
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 22.11.2023
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
59. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 18-20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
60. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.12.2023
61. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
62. ↑ [WR-Info: Junger Wirtschaftsrat wählt Caroline Bosbach an die Bundesspitze](#), wirtschaftsrat.de vom 25.10.2021, abgerufen am 05.12.2023
63. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
64. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023

- 65. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
- 66. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
- 67. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
- 68. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021